

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/54

Bonn, den 18. März 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

Klar, überzeugend, eindeutig

46

Zur außenpolitischen Kurzdebatte im Bundestag

2 - 3

Ist Kultur ein Luxus ?

76

Zur Krise des deutschen Theaters

Von Dr. Günther Müller, MdB

Mitglied des Bundesausschusses für Wissenschaft,
Kulturpolitik und Publizistik

4

Gefährdeter Mittelstand

48

Was tut die Bundesregierung ?

Von Heinrich G. Ritzel

5 - 6

Ist Polen schon wieder verloren ?

66

Flucht eines Stalinisten nach Albanien

+

+

Klar, überzeugend, eindeutig

Zur außenpolitischen Kurzdebatte im Bundestag

ler - Wohin geht der Weg der NATO? Wie steht es mit der Sicherheit unserer Bundesrepublik und gelten auch für die Zukunft die bisherigen Grundlagen der Deutschlandpolitik? Zerbricht die Einheit des Westens in der Deutschlandfrage? Schwerwiegende und beängstigende Probleme hat de Gaulle mit seinen einseitigen, ohne Absprache erfolgten "Reformvorschlägen" zur Umorganisation der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft aufgeworfen. Verträgt der Vorstoß des französischen Staatspräsidenten noch die etwas verharmlosende Bezeichnung einer Reform? Er geht weit darüber hinaus. Sein Verlangen berührt die Substanz der im Rahmen der NATO erfolgten Zusammenarbeit; de Gaulle will zwar das Bündnis beibehalten, doch seinen Kern, die bisher erreichte Integration - was immer man auch darunter verstehen mag - zerstören.

Es hat wenig Sinn, die durch de Gaulle erreichte Veränderung der Lage durch Schönfärberei zu vernebeln oder sich leichtfertigen, dem Blick für die harte Wirklichkeit verschließenden Illusionen hinzugeben. Der amerikanische Präsident Johnson, durch den sich verschärfenden Vietnam-Krieg ohnehin von schweren Lasten bedrückt, hat innerhalb von zwei Tagen mit seinen engsten Beratern die Lage erörtert und die möglichen Abwehrmaßnahmen erwogen. Die NATO-Botschafter der übrigen 14 NATO-Staaten tagten eine Woche in Fernanzenz mit dem erklärten Willen, die Integration, notfalls auch ohne Frankreich, fortzusetzen. Sie hatten es in ihren Beratungen mit der bisher ernsthaftesten Gefährdung der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft von innen her zu tun.

Es war gut, daß der Deutsche Bundestag klar, überzeugend und eindeutig seine Haltung umriß und sich auf ein Nein zu den Plänen de Gaulles, soweit sie die Existenzfrage der NATO betreffen, festgelegt hat. Die Bundesregierung denkt nicht daran, in zweiseitigen Verhandlungen mit Paris eine Situation herbeizuführen, die einen amerikanischen Truppenabzug aus der Bundesrepublik einbezieht. Das wäre ein tödliches Spiel mit unserer Sicherheit und nur jene könnten es provozieren, die von Blindheit - oder ist es schon mehr? - geschlagen sind. Franz Josef Strauß und Konrad Adenauer blieben der Debatte fern. Welche Gründe hatten sie dafür.

Bewegte Wochen und Monate stehen bevor. Sie verlangen von Bundesregierung und Bundestag höchste Aufmerksamkeit, kühle von Emotionen freie Beurteilung, Zielbewußtheit und das engste Zusammenwirken mit den übrigen Partnern des Atlantik-Paktes. Die Freundschaft mit dem französischen Volk, kostbarer Gewinn der Nachkriegszeit, darf darunter nicht leiden, doch de Gaulle soll und muß zu wissen bekommen, daß kein verantwortlicher deutscher Politiker ihm auf seinem Wege folgen kann und wird. Der Bundestag hatte einen großen Tag, er wies sich der Stunde angemessen. An den Parteien liegt es nun, endlich alle noch vorhandenen Möglichkeiten einer konstruktiven Deutschland- und europäischen Sicherheitspolitik in der jetzt durch de Gaulle geschaffenen Situation auszuloten. Dieses Gespräch, verbunden mit einer Bestandsaufnahme, verträgt wohl keinen Aufschub mehr.

Ist Kultur ein Luxus ?

Zur Krise des Deutschen Theaters

Von Dr. Günther Müller, MdB

Mitglied des Bundesausschusses für Wissenschaft,
Kulturpolitik und Publizistik

Theater gehörte zu der selbstverständlichen Lebenswürze der alten Kulturvölker. Griechen und Römer ergötzen sich an den Spielen, die ihnen von ihren Regenten vorgesetzt wurden. Kaiser und Könige ließen schon vor mehreren 1000 Jahren prachtvolle Bauwerke errichten, um ihren Völkern Theater in pompösen Rahmen bieten zu können. Noch heute stehen wir bewundernd vor dem mächtigen Rund des Capitols und sehen im Geiste das Gedränge der Menschenmassen.

Bedauerlich ist es dann, feststellen zu müssen, daß unter dem modernen Kulturvolk in der Bundesrepublik keineswegs mehr die gleiche Theaterbegeisterung anzutreffen ist. Kultur scheint Luxus bei uns geworden zu sein. Eine Umfrage hat ergeben, daß der Theaterbesuch ständig zurückgeht; in den Städten um mehr als zehn Prozent. Es sind bedenkliche Gründe, die die Befragten zum Aufgeben ihrer Theaterbesuche veranlaßten. Da steht an erster Stelle der heimliche Fernsehschirm, aber auch der Mangel an Parkplätzen, schlechte Verkehrsverbindungen und finanzielle Schwierigkeiten werden genannt. Dabei kann man sich des Eindrucks nicht ganz erwehren; daß wohl auch ein kulturelles Desinteresse im Hintergrund steht. Doch diese Frage berührt das so sehr im argen liegende Gebiet der Bildungspolitik.

Der Rückgang der Besucherzahlen bringt eine bedrohliche Minderung der Theatereinnahmen mit sich. Neben dieser Hauptgefahr befürchten noch andere Fakten den Bestand der Theater: Die Theaterausgaben sind parallel der allgemeinen Preissteigerung beständig emporgeschwollen. Die Preise, die für Ausstellungsmaterial bezahlt werden müssen, klettern ständig höher. Die technischen Verbesserungen der Theater, moderne Apparaturen, Neubauten, Bauunterhaltskosten, oder Miete und Pacht verschlingen immer größere Summen. Die Einnahmen durch den Verkauf von Eintrittskarten sind diesen Ausgaben nicht gefolgt. Eine Erhöhung der Eintrittsgelder könnte aber im Gegenteil eine noch krassere Minderung der Besucherzahlen nach sich ziehen. Dazu wird das Theater noch durch eine Aufstockung der Gagen und Löhne, vor allem für Solisten, belastet. Ob man bei den Spitzen in Zukunft etwas zurückhaltender sein kann, wird bei den Angeboten von Rundfunk und Fernsehen bezweifelt.

Diese gefährliche Entwicklung dokumentiert sich in folgenden Zahlen:

- * Während 1957/58 noch 42,8 Prozent der Ausgaben eingespielt wurden, sind es jetzt nur noch 32,7 Prozent,

- * wenn man nur die reinen Betriebsausgaben- und Einnahmen,
- * also ohne Baukosten und deren Deckung, zugrundelegt. Diese
- * Entwicklung ist auch deshalb als gefahrenvoll zu be-
- * zeichnen, weil mit Absinken dieses Prozentsatzes die öffent-
- * lichen Zuschüsse gestiegen sind.

Die angespannte finanzielle Lage der Länder und Gemeinden läßt die Theater nicht unberührt. Sie sind eben keine wirtschaftlichen Unternehmungen, die nach dem Prinzip der Kostendeckung arbeiten, sondern Kulturinstitute, die öffentliche Mittel erhalten und damit von den öffentlichen Etats abhängig sind. Aus einer Darstellung des Statistischen Bundesamtes geht hervor, daß für die gesamte Kulturpflege mit Ausnahme der Wissenschaftspflege im Jahre 1964 Bund, Länder und Gemeinden 1217 Millionen DM bereitgestellt haben, davon entfallen allein auf die Gemeinden 60 Prozent, auf die Länder oder Stadtstaaten 35 Prozent und auf den Bund nur fünf Prozent.

Im Jahre 1913 waren es je Einwohner 1,30 DM, 1925 3,20 DM und 1964 für die Bundesrepublik schätzungsweise 21 DM je Einwohner. Sie beanspruchen ein Prozent der gesamten öffentlichen Ausgaben. Bei den Gemeinden sind es 2,5 Prozent. Der Betrieb und Ausbau der staatlichen und städtischen Theater und Orchester erfordert allein fast die Hälfte dieser Kulturausgaben. Daraus geht hervor, welche Bedeutung den Theatern im Kulturhaushalt zukommt. Ihr Anteil am Kultüretat der Gemeinden, und zwar der Gemeinden, die über Theater verfügen, belief sich im letzten Jahre auf 44 Prozent des Gesamtzuschusses für die Kulturpflege, wenn wegen des besseren Vergleichs die Wissenschaftspflege und der Bauaufwand außer Betracht bleiben. 1956 waren nur 39,4 Prozent des Kulturhaushaltes der Gemeinden den Theatern gewidmet. Der Zuschuß ist also in den letzten Jahren stark gestiegen.

Bei der Finanznot der Gemeinden sind jetzt Grenzen der Ausgabenpolitik erreicht. Die Folge wird ein Konzentrationsprozess auch auf dem Theatergebiet sein. Einzelne Städte, wie etwa München wo kürzlich das 25. (1) Theater eröffnet wurde, werden ein breites Angebot auch weiterhin bereithalten. Andere Städte jedoch, man denke an das Beispiel von Rheydt, werden ihre Theater schließen müssen. Eine Verödung unserer Kulturlandschaft wird die Folge sein.

Gefährdeter Mittelstand

Was tut die Bundesregierung ?

Von Heinrich G. Ritzel

Was tut die Bundesregierung und was tun die Regierungsparteien, um die Stellung der Selbständigen, also im weitesten Sinne des Mittelstandes, so zu sichern, daß lebenswichtige Teile des Mittelstandes vor Gefahren bewahrt bleiben, die ohne jeden Zweifel auf sie zukommen? Die Automation und der Konzentrationsprozeß der Wirtschaft kann sich noch so sehr entwickeln und verbreitern - auf den einzelnen Menschen kann doch nicht verzichtet werden. Ebenso wenig kann auf jenes mittragende Element unserer Wirtschaft verzichtet werden, das vor dem Beginn des Fabrikzeitalters ebenso sehr eine Säule der damaligen Wirtschaft wie ein Kulturträger und Kulturschöpfer gewesen ist, auf das Handwerk. Zwar sind die "goldenen Zeiten" des Handwerks vorbei, aber seine Lebensberechtigung ist geblieben und sie ist eine Lebensnotwendigkeit für unsere Volkswirtschaft. Niemals wird auf die Handarbeit und damit auf das individuelle Schaffen ganz verzichtet werden können, gleichgültig, ob es sich um Fragen der Solidität oder um die weitere Ermöglichung des großen ideellen und auch materiellen Wertschaffenden Kunsthandwerkes handelt. Wenn nicht alle Zeichen trügen, steht einem großen Teil der selbständig Schaffenden eine Durststrecke bevor, die abzumildern und abzukürzen die Aufgabe der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien sein sollte. Man hat aber nicht den Eindruck, daß auch nur der Wille hierzu besteht, geschweige die Kraft dazu gegeben ist.

Schon die Bindung beispielsweise des Handwerks an die gleichen Steuerpflichten wie sie auch auf die Großindustrie Anwendung finden - wir meinen die Gewerbesteuer vom Ertrag - und an die Umsatzsteuer ist ein Prüfstein für die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung. Es ist - vom Gewissen abgesehen - kein großes Problem, der Abschaffung der Gewerbeertragssteuer das Wort zu reden. Aber es ist ein sehr großes und schweres Problem, den Gemeinden, die heute auf den Ertrag der Gewerbesteuer zwingend angewiesen sind, rechtzeitig einen ausreichenden Ersatz zu sichern. Und es wäre ein zu billiger Ausweg, die Gewerbeertragssteuer zu beseitigen und an ihre Stelle eine Kopfsteuer zu setzen, die auch den Ärmsten in der Bevölkerung treffen würde. Jede soziale Gestaltung der ursprünglich den Gemeinden zustehenden und seit der Erzborgerschen Finanzreform vom Reich und vom heutigen Bund in Anspruch genommenen Einkommensteuer würde ad absurdum geführt, wollte man eine Bürger- und Kopfsteuer an die Stelle der Gewerbeertragssteuer setzen. Dann wären wieder die Falschen betroffen und wiederum die Falschen, nämlich die Großverdiener in unserem Volke, geschont. Den Kreisen des Mittelstandes aber wäre mit einer solchen Finanzpolitik der Holzaxt nicht gedient. Die Freude wäre zwangsläufig nur von kurzer Dauer.

Was not tut, ist auch auf diesem Gebiet die Praktizierung echter, also konkret steuerlicher Gerechtigkeit. Ein Staat, der davor scheut, die ständig wachsende Zahl der Vermögens- und Einkommensmillionäre angemessen zu besteuern und es zur gleichen Zeit unterläßt, einem lebenswichtigen Teil seines Volkes steuerliche Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, geht einen gefährlichen Weg. Dieser Weg ist um so gefährlicher, je mehr die Staatsleitung dazu neigt, den Mittelschichten steuerlich entgegenzukommen und dafür die Massen steuerlich stärker zu belasten.

Ist Polen schon wieder verloren?

Flucht eines Stalinisten nach Albanien

H.P.R. - Ein Pole ist wieder einmal geflüchtet. Doch das Ziel seiner Reise ins Exil war diesmal weder die Clayallee in Westberlin noch die Bundesrepublik Deutschland. Kazimierz Mijal floh - nach Albanien.

Dieser einmalige Fall hat einige Konsequenzen gehabt. Die gerade erst wieder verbesserten diplomatischen Beziehungen zwischen Polen und Albanien sind abermals zerrüttet worden; gegenseitig setzten die beiden Regierungen den führenden Diplomaten der anderen Seite den Stuhl vor die Haustür. Aber nicht darin liegt das eigentlich Bemerkenswerte dieser osteuropäischen Affäre:

Bemerkenswert ist zunächst einmal der Flüchtling selbst, denn es handelt sich um keinen vollkommen Unbekannten. Kazimierz Mijal, heute 54 Jahre alt, ist der Sohn eines polnischen Bauern und schloß sich schon ziemlich früh der kommunistischen Bewegung an. Während des Krieges emigrierte er nicht, wie andere polnische Kommunisten, in die Sowjetunion, sondern er ging in die Wälder, wo er sich weniger durch Mut vor den Waffen als Geschick im Abfassen revolutionärer Zeitungsartikel auszeichnete. Seine journalistischen Produkte wurden damals in einer illegalen Druckerei vervielfältigt, die unter Leitung von Ryszard Strzelecki stand - heute ist dieser Mann ein/einer stärksten Persönlichkeiten in der "Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei".

Es war wohl Strzelecki, der sich sofort nach dem Kriege für Kazimierz Mijal verwendete, denn Mijal wurde zum Regierungsdelegierten in der Provinz Lodz ernannt. Dort residierte er direkt neben dem Amtszimmer des Chefs der Sicherheitspolizei jener Region, Moczar. Auch Moczar machte weitere Karriere - er ist heute Gomulkas Innenminister.

Durch so interessante Bekanntschaften und Verbindungen gestützt, gelang schließlich auch Mijal der Sprung nach Warschau. Und es bezeichnet die politische Richtung Mijals vielleicht am besten, wenn man daran erinnert, daß er genau zu jener Zeit Karriere machte, als Gomulka durch die Stalinisten gestürzt worden war. Als rechte Hand des Erzstalinisten und Nachfolgers Gomulkas, Boleslaw Bierut, konnte sich Mijal in War-

schau nun für die ihm erwiesenen Freundesdienste vor allem Moczars revancieren. Schützend hielt er die Hand über alle jene, die ihm geholfen hatten und die Bieruts Stalinismus genauso liebten, wie sie seine Unberechenbarkeit fürchteten.

Aber das Glück Mijals dauerte nicht allzu lange. Bierut wurde wieder gestürzt, und Gomulka übernahm abermals die Macht. Immerhin war Mijal schlau genug, sich nicht an den nächtlichen Sitzungen der Stalinisten im Warschauer Vorort Natolin zu beteiligen, die ihn allzu deutlich als Feind der neuen Linie ausgezeichnet hätten. Statt dessen setzte er sich mit einem stalinistischen Diplomaten der sowjetischen Botschaft in Verbindung, um auf einem Vervielfältigungsgerät im Gebäude des Polnisch-Sowjetischen Instituts Pamphlete gegen Gomulka zu hektographieren. Die Pamphlete erregten großes Aufsehen und der sowjetische Botschaftssekretär verschwand auf Nimmerwiederssehen, aber Mijal verlor nur sein Amt als Minister für Kommunalwirtschaft. Ein zweites stalinistisches Mijal-Pamphlet kostete ihn seinen Sitz im Zentralkomitee, aber noch immer nicht die Freiheit. Und erst eine dritte Schrift, in der Gomulka im Stile Chinas als "Agent des Kapitalismus" bezeichnet wurde, kostete Mijal seinen Direktorenposten bei der Warschauer Investitionsbank. Auch diesmal gab es kein gerichtliches Verfahren gegen den Erzstalinisten Mijal, obgleich er mit seinen illegalen Flugblättern gleich gegen eine ganze Latte von Gesetzen verstoßen hatte. Nach zwei Monaten Hausarrest wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt und mit einer Rente von 2 000 Zloty abgefunden.

Doch diese hohe Rente war Mijal zu gering, und vielleicht gefiel ihm Polen auch sonst nicht mehr, denn mit einem albanesischen Namen und Dienstausweis versehen, begab er sich nun dahin, wo seine letzten Schriften gedruckt worden waren: Albanien. Von dort aus verkündet Mijal nun das baldige Ende des Revisionisten Gomulka.

Gomulka kann froh sein, diesen stalinistischen Maulwurf weit weg zu wissen. In Albanien kann Mijal keinen großen Schaden mehr anrichten. Die polnischen Sicherheitsbehörden haben offenbar kein großes Interesse daran gezeigt, Mijal das Handwerk zu legen. Aber wie schon gesagt: Innenminister Moczar und Kazimierz Mijal sind schon lange gute Freunde gewesen. Persönlich und auch in ihren politischen Ansichten...